

## Antrag

der AfD-Fraktion

### Islamische Tendenzen an Brandenburger Schulen konsequent bekämpfen

Der Landtag möge beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert,

1. eine repräsentative Umfrage unter allen Lehrern sämtlicher Schulformen des Landes zum Thema „Islamisch geprägte Gewalt gegen Lehrer an Brandenburger Schulen“ in Auftrag zu geben.  
Die Befragung soll die Erfahrungen von Lehrern mit verbalen, psychischen und körperlichen Übergriffen durch muslimisch geprägte und muslimisch sozialisierte Schüler bzw. Eltern ebenso berücksichtigen wie verschiedene Varianten des Cyberbullying oder das aggressive Einfordern von Privilegien im Schulalltag, darunter Ausnahmeregelungen im Sport-, Geschichts-, Politik- oder Biologie-Unterricht.  
Bei der Befragung ist zwischen Lehrerinnen und Lehrern zu unterscheiden, um auf Basis der Antworten geschlechterspezifische Problemlagen eindeutig identifizieren und anschließend zielgerichtete Schutz- und Gegenmaßnahmen ergreifen zu können. Darüber hinaus ist ebenso zu erfragen, welche konkreten Unterstützungsangebote und Beratungsstrukturen die befragten Lehrer für notwendig erachten, um den festgestellten Ursachen im Schulalltag umfassend, wirksam und konsequent begegnen zu können.  
Die Untersuchung ist in anonymisierter Form, vorzugsweise als schulinterne Online-Befragung, durchzuführen.
2. den zuständigen Fachausschüssen des Landtags – dem Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport, dem Ausschuss für Inneres und Kommunales sowie dem Ausschuss für Soziales, Gesundheit, Integration und Verbraucherschutz – auf der Grundlage der Befragungsergebnisse Vorschläge zu unterbreiten, mittels welcher Instrumente sich die bestehenden Probleme rasch und nachhaltig beheben lassen. Hierbei kommen neben der Anpassung bzw. Ausweitung bereits bestehender Präventionsmaßnahmen und Beratungsstrukturen ausdrücklich auch verschärfte Sanktionsmaßnahmen in Betracht.
3. im Rahmen der Kultusministerkonferenz für die Durchführung gleichartiger Studien zu werben sowie der Bekämpfung islamischer Tendenzen an Schulen Priorität einzuräumen.

Über die Konzeption, Begleitung und Evaluation der Befragung ist den zuständigen Ausschüssen fortlaufend Bericht zu erstatten.

Die Studienergebnisse sowie die geplanten Gegenmaßnahmen sind dem Parlament spätestens bis zum IV. Quartal 2021 zur ausführlichen Beratung vorzulegen.

### Begründung:

Einstellungen, die sich dem Politischen Islam zuordnen lassen, etwa salafistische und dschihadistische Strömungen, sind weltweit auf dem Vormarsch und stellen eine unmittelbare Bedrohung für die Demokratie, den Rechtsstaat und die freiheitliche Gesellschaftsordnung dar. Am Ende der Radikalisierungsspirale stehen zumeist islamische Terroranschläge, die - wie zuletzt auch in der österreichischen Bundeshauptstadt Wien - mit der kaltblütigen Ermordung zahlreicher unschuldiger Menschen und unsäglichem Leid für die Hinterbliebenen und Verletzten einhergehen.

Der von den Islamisten durch Infiltrierung, Indoktrinierung und Anschlagsserien vorangetriebene Kulturkampf gegen unsere Gesellschaft verlagert sich dabei immer stärker auch in die Klassenzimmer.

Seit Jahren ist bekannt, dass Gewalt gegen Lehrer allgemein zunimmt. Dies wurde im Oktober d.J. durch eine repräsentative forsa-Umfrage im Auftrag des Verbands Bildung und Erziehung e.V. neuerlich bestätigt.<sup>1</sup> Ebenso hinlänglich bekannt ist, dass auch muslimisch geprägte Gewalt gegen Lehrer schulformübergreifend ansteigt: Nicht nur an sogenannten Brennpunktschulen werden Schüler wie Lehrer, insbesondere Schülerinnen und Lehrerinnen, vermehrt Opfer von massiven Einschüchterungen, Schmähungen, Beleidigungen, massivem Mobbing bis hin zu offenen körperlichen Übergriffen.

Es ist ebenfalls eine Tatsache, dass antisemitische und homophobe, deutschenfeindliche, offen rassistische sowie diskriminierende Verhaltensmuster in all ihren Varianten schon bei jungen Schülern verbreitet und in vielen Fällen religiös motiviert sind, wobei als vermeintlich legitime Begründung mittlerweile selbst von Grundschulern auf die Vorgaben der Scharia verwiesen wird, die u.a. härteste Strafen für Homosexuelle, Ehebrecher, „Ungläubige“ oder Andersdenkende vorsieht.

Bei all diesen Gewalttaten, ob verbal, psychisch, physisch oder in den Sozialen Medien ausgeführt, ist es vollkommen unerheblich, ob sich dahinter eine gefestigte, dogmatische Geisteshaltung verbirgt oder ob es sich „lediglich“ um Drohgebärden von Heranwachsenden oder deren Eltern mit dem Ziel handelt, Mitschüler und Lehrer bewusst zu provozieren; jeder einzelne dieser Vorfälle entfaltet eine enorme einschüchternde Wirkung auf die betroffene Person. Dies wiederum führt dazu, dass Drohungen fortan nachgegeben wird, bestimmte Lehrinhalte nur noch cursorisch bzw. gar nicht behandelt oder auch Privilegien eingeräumt werden, um religiösen Befindlichkeiten entgegenzukommen.

Die AfD hat auf Kommunal-, Landes- und Bundesebene fortwährend vor diesen Entwicklungen gewarnt; die etablierten Parteien sahen sich hingegen parteiübergreifend veranlasst, diese Warnungen als undifferenziert, grundsätzlich „islamophob“ und „rassistisch“ zurückzuweisen, ohne allerdings die beunruhigenden Entwicklungen zur Kenntnis zu nehmen und nachhaltige Lösungsvorschläge zu präsentieren. Selbiges trifft auf einen Großteil der Medien zu.

---

<sup>1</sup> Vgl. hierzu: <https://www.vbe.de/presse/pressendienste-2020/vbe-schlaegt-alarm-wegen-zunehmender-gewalt-gegen-lehrkraefte/> (letzter Zugriff: 25.11.2020).

Durch die fehlende Ermutigung durch Politik und Medien sowie aus Angst vor beruflichen Konsequenzen und öffentlichen Diffamierungen verzichteten viele Lehrer auf die Meldung oder Anzeigeerstattung islamisch-motivierter Vorfälle.

Die Ermordung des französischen Geschichts- und Geografielehrers Samuel Paty am 16. Oktober 2020 durch einen tschetschenischen Islamisten stellte schließlich eine bislang nie dagewesene Eskalation von Gewalt gegen Lehrer dar: Erstmals wurde ein Pädagoge ermordet, weil er seinen Schülern integrale Bestandteile des Lehrplans - in diesem Fall das Recht auf Meinungsfreiheit als wesentliche Grundlage für das friedliche Zusammenleben in Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit - vermittelte. Neben dem unmittelbaren Schock über diese Gewalttat und deren Anlass entfaltete auch die Botschaft, die von diesem neuerlichen islamischen Anschlag ausging, eine psychologisch verheerende Wirkung über die Landesgrenzen Frankreichs hinaus: Fortan ist nicht mehr ausgeschlossen, dass Lehrer bei der gewissenhaften Ausübung ihrer Tätigkeit und der Weitergabe freiheitlich-demokratischer Werte in letzter Konsequenz Opfer eines islamischen Mordanschlags werden können.

Wenige Tage nach der Ermordung Patys wurde bekannt, dass ein elfjähriger Berliner Grundschüler seiner Deutschlehrerin vor der Klasse unverhohlen mit deren Enthauptung drohte; Presseberichten zufolge haben Schüler aller Jahrgangsstufen an zahlreichen Schulen in Deutschland während der Gedenkminute für Paty gleichlautende Drohungen ausgestoßen. Zahlreiche Lehrer hätten sich im Vorfeld gar veranlasst gesehen, die Schulleitungen vor der Abhaltung einer Gedenkminute ausdrücklich zu warnen, um keine Gegenreaktionen zu „provokieren“.<sup>2</sup>

Diese Vorgänge beweisen, dass eine Kultur der Angst und der Einschüchterung zunehmend auch im deutschen Schulalltag Einzug hält. Das ist empörend, vollkommen inakzeptabel und darf unter keinen Umständen länger hingenommen werden.

Der Mord an Paty und die sich anschließenden Ereignisse in Deutschland waren ein Weckruf, der zahlreiche Lehrer und Schulleiter dazu veranlasste, sich erstmals öffentlich über die besorgniserregenden Entwicklungen an ihren Schulen zu äußern.

So stellte die Neuköllner Grundschuldirektorin und Vorsitzende des Interessenverbands Berliner Schulleitungen, Astrid-Sabine Busse, fest, man habe das Problem mit islamischen Tendenzen „zu lange weggedrückt“; Peter Stolz, Vorsitzender des Berliner Verbands der Geschichtslehrer, warnte vor „französischen Verhältnissen“, sollte das Problem nicht endlich offensiv angegangen werden.<sup>3</sup>

Auch Bundespolitiker bezogen plötzlich ungewohnt deutlich Position und sprachen dabei doch nur das aus, was für viele seit Jahren offenkundig war: Bundesbildungsministerin Anja Karliczek (CDU) erklärte, dass es sich bei Lehrern, die aus Angst bestimmte Unterrichtsthemen nicht mehr ansprechen, offenbar längst nicht mehr um Einzelfälle handele;<sup>4</sup> Bundesfamilienministerin Franziska Giffey (SPD) forderte schließlich, sich den islamischen Einflüssen an deutschen Schulen kompromisslos und mutig entgegenzustellen.<sup>5</sup>

---

<sup>2</sup> Vgl. hierzu: <https://www.sueddeutsche.de/politik/islam-schule-warnung-1.5117462> (letzter Zugriff: 25.11.2020).

<sup>3</sup> Ebd.

<sup>4</sup> Ebd.

<sup>5</sup> Vgl. hierzu: <https://www.zeit.de/gesellschaft/schule/2020-11/extremismus-islamismus-schulen-studie-forderung-lehrerverband-samuel-paty> (letzter Zugriff: 25.11.2020).

Der Präsident des Deutschen Lehrerverbandes, Heinz-Peter Meidinger, regte am 23.11.2020 an, deutschlandweit anonymisierte Studien über islamistische Umtriebe an Schulen durchführen zu lassen.<sup>6</sup>

Das Lösen von Problemen beginnt damit, negative Entwicklungen – und seien sie aus parteipolitischen oder weltanschaulichen Erwägungen heraus auch noch so unbequem – als Realität anzuerkennen, daraufhin zügig Erkenntnisse zu sammeln, um auf dieser Grundlage schließlich zielgerichtet, energisch und konsequent wirksame Gegenmaßnahmen einzuleiten.

Die Brandenburger Landesregierung und namentlich das zuständige Ministerium für Bildung, Jugend und Sport sollte im Interesse der Schüler und Lehrer sowie im Rahmen seiner Fürsorgepflicht als Dienstherr keinerlei Zweifel an der Bereitschaft aufkommen lassen, sich des Problems islamischer Tendenzen auch an den Schulen unseres Bundeslandes anzunehmen.

Hierfür ist eine Bestandsaufnahme über das Ausmaß des Problems in Form einer anonymisiert durchzuführenden repräsentativen Studie unter den Lehrern sämtlicher Schulformen unumgänglich. Auf Basis einer soliden Datengrundlage kann dann ergebnisoffen diskutiert werden, inwieweit die bereits bestehenden Präventions- und Sanktionsmaßnahmen sowie die vorhandenen Beratungsstrukturen noch zweckdienlich sind bzw. der Anpassung oder des Ausbaus bedürfen.

---

<sup>6</sup> Ebd.